



## N i e d e r s c h r i f t

### **über die 4.Sitzung des Kreissenorenbeirates am 19.09.2019 in Börnsen, Gemeindetreff Waldschule**

Beginn: 15.10 Uhr,

Ende: 18.00 Uhr

Gäste: Frau Maja Bienwald, Frau Erika Arzberg und Herr Egon Siefert  
Herr BM Thormählen, Referent Dr. Riederer und Referent Herr  
Frohnert

Erschienen: siehe beiliegende Teilnehmerliste

Entschuldigt: Herr Dr. Hoser, Frau Brandt, Herr Wübbels

Topp 1. Eröffnung + Begrüßung durch den stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Vossgrau auch im Namen der stellvertretenden Vorsitzenden Frau Kircher.  
Herr BM Thormählen stellt Börnsen mit den 3 Ortsteilen vor, das als Gemeinde mit 5000 Einwohnern durch die Randlage zu Hamburg enormem Siedlungsdruck ausgesetzt ist. Nach 40 Jahren SPD Mehrheit wurde diese abgelöst durch B90/ Grüne. 30% der Bevölkerung ist über 60 Jahre alt, der Seniorenbeirat ab 60 Jahren wird im April 2020 auf einer Wahlversammlung gewählt. In der Pflege herrscht Notstand, es fehlen „bezahlbare“ Wohnungen. Sozialwohnungen und Pflegeplätze sind in Planung.  
Der Wunsch des BM, der Seniorenbeirat soll sich politisch einbringen, Umfragen starten und Wünsche äußern.  
-Frau Bienwald freut sich über die Einladung und begrüßt einen aktiven Kreissenorenbeirat.

Topp 2 –

Topp 3 Genehmigung der Niederschrift der 3. Sitzung vom 21.8.2019 ohne Einwände.

Topp 4 Herr Dr. Riederer hat 4 Bereiche im Fachdienst zu verantworten.

Der Fachdienst betreut etwa derzeit 1.700 Menschen mit Behinderung und gibt inkl. der KITA Ausgaben etwa 45 Millionen p.a. aus. In den letzten Jahren hat es aufgrund der Bundesgesetzgebung einen Boom von Anträgen im Kreis gegeben. Die seelischen Behinderungen haben die geistigen Behinderungen überholt.  
In seinem Fachbereich wurde ein Kreisaktionsplan für die Beteiligung für Menschen mit Behinderung erarbeitet, der auch den Einstieg in den demografischen Wandel beinhaltet.

Es werden in den nächsten zwei Jahren in sieben Projektgruppen, mit etwa je 15 Personen unterschiedliche, aber auch übergreifende Themen bearbeitet.

Themen sind: Freizeit/Kultur/Sport/Tourismus, Bildung, Wohnen, politische Teilhabe, Gesundheit/Pflege, Mobilität/Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und Arbeitswelt.

Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen.

Ende August 2020 ist die Abschlussveranstaltung geplant.

- Topp5/6 Herr Vossgrau berichtet über die Änderungen in der Behindertenhilfe der 3. Reformstufe des Bundesteilhabegesetz BTHG ab dem 1.1.2020. In 2023 kommt die 4. Stufe von insgesamt 4 Stufen.  
- Das Selbstbewusstsein der Behinderten soll gestärkt werden u.a. mit einem eigenen Girokonto.
- Topp7 Herr Bytom berichtet aus dem Sozialausschuss:  
Flüchtlingsbetreuung-Nach dem Aus für das Geld vom Bund, kann diese aufgrund des Geldes vom Land 50%, DRK und Kreis aufrecht erhalten werden.  
Es gibt ein Programm RUBIN mit EU Mitteln für Menschen mit komplexen Erkrankungen. Achtung Datenschutz – Versuchsstadium.  
Psychische Erkrankung nehmen zu aufgrund von Hetze/Druck.  
Die Tagesklinik in Ratzeburg wird geschlossen, sofern kein Geld mehr vom Land bewilligt wird.
- Topp8 Die Fachgruppen des LSR sortieren sich derzeit, insbesondere 1,2,3 und 4  
Fachgruppe 7 Wohnen– Vorträge von der ARGE, Kiel, Investitionsbank und Baugesellschaften – Bericht von Frau Kircher  
Fachgruppe 5 Sicherheit– Herr Freiberg berichtet von der Tagung in Schwarzenbek-Allianz des LSR und Landepolizei für die Sicherheit von Senioren.
- Topp9 Herr Vossgrau verteilt Formulare zum Datenschutz und bittet um die Rücksendung an ihn. Die Satzung des Kreises wurde verteilt.
- Topp10 Termine für 2020 jeweils um 14 oder 15 Uhr  
11.02.  
28.04.  
16.06.  
01.09.  
17.11.
- Topp11 Herr Bytom will Ortsseniorenbeirat gründen. Herr Vossgrau wird behilflich sein.  
Es wird auf das Demenz Netz im Kreis mit Sitz in Mölln, Frau Hergert, aufmerksam gemacht.  
Die regionale Pflegekonferenz beinhaltet 3 Arbeitsgruppen.

Der Kreistag möge beschließen, Herrn Beissner ordentlich zu bestellen, anstatt Herrn Güttler.

Geesthacht, 21.11.2019 Sibylle Kircher

gez. Reinhard Vossgrau  
stellvertretender Vorsitzender

gez. Sibylle Kircher, Protokollführerin  
stellvertretende Vorsitzende

Verteiler:

Mitglieder und Stellv. Mitglieder  
Kreispräsident, Herr Füllner;  
Landrat, Herr Dr. Mager;  
Vorsitzende des Sozialausschusses, Frau Neemann-Güntner  
Fraktionsvorsitzende des Kreistags;  
Vorsitzende der Seniorenbeiräte des Kreises  
Kreisverwaltung Frau Schemmerling  
Kreisverwaltung Herr Frohnert  
Vorsitzende der Seniorenbeiräte im Kreis

KreisSenBeirat\Niederschrift 19.11.2019

## NICHTAMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Die Veröffentlichungen im nichtamtlichen Teil sind keine amtlichen Verlautbarungen des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

### Forschung kompakt

## Seniorinnen und Senioren im Straßenverkehr

Verkehrsblatt 17-2019

Eine neue Studie der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) bestätigt einen bedeutsamen Zusammenhang zwischen dem Lebensstil älterer Autofahrer und der Unfallgefährdung. Es wurden insgesamt sechs Lebensstilgruppen identifiziert, die sich erheblich in der Unfallbeteiligung und den verkehrssicherheitsrelevanten Erwartungen unterscheiden. Danach erhöht sich das Unfallrisiko von Seniorinnen und Senioren bei einem aktiven Lebensstil, der mit dem Wunsch nach Abwechslung verbunden ist. Auf der Grundlage der Ergebnisse können künftig stärker im Straßenverkehr gefährdete ältere Menschen gezielt und effektiv angesprochen werden.

### Aufgabenstellung

Die Gesamtgruppe der Älteren ab 65 Jahren ist im Vergleich zu jüngeren Altersgruppen deutlich weniger an Unfällen mit Personenschaden beteiligt. Der Anteil der ab 65-Jährigen an der Gesamtgruppe der im Straßenverkehr Verunglückten beträgt 12,6 Prozent und ist, gemessen an einem Bevölkerungsanteil von 21,1 Prozent, deutlich unterrepräsentiert. Dennoch ist durch die demografische Entwicklung eine Zunahme der Anzahl von Unfallbeteiligten zu erwarten. Darüber hinaus spielt die stärkere Verletzbarkeit Älterer eine wichtige Rolle bei der Einschätzung der Verkehrssicherheit dieser Gruppe. Mit einem hohen Anteil von 28,3 Prozent sind die ab 65-Jährigen in der Gruppe aller bei einem Verkehrsunfall getöteten Pkw-Insassen deutlich überrepräsentiert. Um ältere Fahrerinnen und Fahrer für die spezifischen Gefahren im Straßenverkehr zu sensibilisieren und sie in ihren Mobilitätsentscheidungen zu unterstützen, ist ein maßgeschneiderter Zuschnitt unterschiedlichster Anspracheformen (Kampagnen, personale Kommunikation und Internetkommunikation) erforderlich. Das wiederum setzt die genaue Kenntnis derjenigen psychologischen Faktoren voraus, die einen bedeutsamen Einfluss auf das Entscheidens- und Fahrverhalten dieser Gruppe aus-

üben. Die aktuelle SENIORLIFE-Studie der BASt liefert hierzu neue Erkenntnisse.

### Untersuchungsmethode

Die SENIORLIFE-Studie knüpft inhaltlich und methodisch an die AEMEIS-Studie der BASt (Ältere Menschen im künftigen Sicherheitssystem Straße/Fahrzeug/Mensch) aus dem Jahr 2002 an, aus der umfassende Beschreibungen mehr oder weniger gefährdeter Lebensstilgruppen von Seniorinnen und Senioren hervorgingen. Grundlegend für die SENIORLIFE-Studie ist eine Repräsentativbefragung (N=2.066) der ab 55-Jährigen. Erfasst wurden der Lebensstil, die Lebenslage, der Sicherheitsbedarf, das Sicherheitsengagement, verkehrssicherheitsrelevante Erwartungen und Bewertungen sowie die Mediennutzung.

Ein zentrales Ziel dieser Studie war es, eine differenzierte Charakterisierung unterschiedlicher Lebensstilgruppen zu erstellen, die bei der Entwicklung und Umsetzung von Verkehrssicherheitsmaßnahmen für Seniorinnen und Senioren herangezogen werden kann. Um die Verkehrssicherheitsrelevanz der erfassten Personenmerkmale zu belegen, wurde ein komplexes theoretisches Modell, bestehend aus diesen Merkmalen, einer Prüfung unterzogen.

### Ergebnisse

Eine Clusteranalyse führte zur Identifikation von sechs Lebensstilgruppen von Seniorinnen und Senioren. Die höchste Gefährdung als Autofahrer besteht für den „antisozialen Typ“ und den „Anregungen suchenden Typ“. In der erstgenannten Gruppe lag der Anteil der an einem Unfall beteiligten Personen bei etwa zwölf Prozent, in der zweitgenannten Gruppe bei knapp 14 Prozent. Befinden sich beide Lebensstilgruppen in einer relativ günstigen Lebenslage und verfügen über ausreichend finanzielle Ressourcen, dann kann sich der Anteil der Unfallbetei-

ligung sogar auf knapp 17 Prozent erhöhen. Abgesehen von den klassischen Medien wie Fernsehen, Radio und gedruckten Tageszeitungen sind Personen dieser Lebensstilgruppen auch gut über Smartphone und App-Anwendungen erreichbar. Insgesamt besteht ein relativ geringes Interesse an Verkehrssicherheit und ein geringes Eigenengagement (zum Beispiel Arztberatung), was die Verbesserung der eigenen Verkehrssicherheit betrifft. Kompensationsmechanismen dagegen werden mit zunehmendem Alter deutlich erkennbar und spiegeln sich auch in Lebensstilgruppen mit hohem Durchschnittsalter und häufiger berichteten körperlichen oder psychischen Beschwerden wider. Diese Gruppen fallen durch die geringsten Anteile an Unfallbeteiligten auf.

### Folgerungen

Das Risiko, bei einem Verkehrsunfall verletzt oder getötet zu werden, ist nicht für alle älteren Autofahrer gleich hoch. Insbesondere Seniorinnen und Senioren, deren Lebensstil durch ein hohes Maß an Aktivität, einen ausgeprägten Wunsch nach Abwechslung und Spaß sowie durch die Verfügbarkeit ausreichender finanzieller Ressourcen gekennzeichnet sind, sind einem erhöhten Unfallrisiko ausgesetzt. Das hängt einerseits mit der größeren Zahl gefahrener Kilometer im Jahr zusammen, andererseits aber auch mit dem stärker ausgeprägten Risikoverhalten, der deutlich positiveren Kompetenzeinschätzung und einer stärkeren Bindung ans Auto. Die Ergebnisse sprechen dafür, dass bei der Entwicklung und Umsetzung von Verkehrssicherheitsmaßnahmen für ältere Autofahrer der Fokus thematisch nicht einseitig auf mögliche alters- oder krankheitsbedingte Leistungseinbußen gerichtet sein sollte, sondern auch diejenigen Merkmale in Betracht zieht, die für die beiden besonders gefährdeten Gruppen charakteristisch sind.

Quelle: [www.bast.de](http://www.bast.de)

**Ratzeburg.** Die Retter kommen bei Notfällen im Kreis Herzogtum Lauenburg zu oft zu spät. Im vergangenen Jahr hatte die Quote der Hilfsfristüberschreitungen das zweit-schlechteste Ergebnis seit der Erfassung der kreisweiten Statistik. Nur in 2017 waren die Retter noch häufiger später als in der gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfrist von zwölf Minuten gekommen. Grund sind die immer weiter steigenden Einsatzzahlen. Die Kreispolitik fordert nun eine weitere Aufstockung der Vorhaltezeiten.

Erst zum März vergangenen Jahres hatten die Krankenkassen als Kostenträger des Rettungsdienstes dem Kreis als Träger mehr Einsatzstunden für den Rettungsdienst zugestanden. Zum Oktober wurden diese dann noch einmal aufgestockt. Doch das war offenbar nicht genug. Gerade einmal bei 86,53 Prozent der 16 819 Notfalleinsätze im vergangenen Jahr waren die Retter innerhalb der geforderten Zwölf-Minuten-Frist vor Ort – deutlich zu selten. Denn eigentlich sollte der Rettungswagen in 100 Prozent der Fälle die Frist einhalten. Eine Überschreitung in bis zu zehn Prozent der Fälle wird geduldet. Andernfalls muss gehandelt werden. Doch über das „Wie“ wird regelmäßig diskutiert und sogar vor Schiedsgerichten gestritten.

Immerhin scheint die Ursache erkannt. „Als wesentlicher negativer Einflussfaktor ist vor allem das weiterhin starke Einsatzwachstum von 5,48 Prozent in der Notfallrettung zu nennen“, heißt es vom Kreis. Allein in den vergangenen fünf Jahren haben die Einsätze laut Statistik um mehr als 31 Prozent zugenommen. Zwar stieg im gleichen Zeitraum auch die Anzahl der Stunden, in denen die Rettungswagen im Kreis besetzt waren um fast 31 Prozent und auch zusätzliche Fahrzeuge wurden in Dienst gestellt, um mehr parallel auftretende Einsätze abdecken zu können – geholfen hat es jedoch nicht genug.

Und so klingt das Fazit der Kreisverwaltung ernüchternd. Trotz „massiven Wachstums“ der Vorhaltestunden konnte der schlechte Wert des Vorjahres nur „leicht verbessert werden“. Und auch wenn die zusätzlichen Einsatzwochenstunden bereits zu Jahresbeginn 2018 zur Verfügung gestanden hätten, wäre die geforderte 90-Prozent-Marke nicht erreicht worden, sagt CDU-Politiker und ehrenamtlicher Rettungsassistent Norbert Brackmann, seines Zeichens im Kreis Vorsitzender des zuständigen Innenausschusses.

Die Hoffnungen der Menschen im Kreis ruhen nun auf der jüngsten Eckpunktevereinbarung mit den

# Notfallversorgung bleibt schlecht

Mittwoch, 20. Februar 2019 | Seite 9

## LAUENB.

Lauenburgische Nachrichten

### Lübeck und Stormarn retten mit

**Der Rettungsdienstversorgungs**bereich des Kreises entspricht grundsätzlich dem Kreisgebiet. Ausnahmen sind die durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung an die Han-

sestadt Lübeck abgegebenen Gemeinden Groß Grönu, Groß Saraus Ortsteil Seekrug, Groß Schenkenberg und Krummesse. **An den Kreis Stormarn** sind Aumühle, Basthorst, Neu-

Börsen, Dahmker, das lauenburgische Hamfelde, Kasseburg, Koberg, das lauenburgische Köthel, Kuddewörde, Linau, Mühlenrade, Wentorf bei Hamburg und Wohltorf abgegeben.

aufgestockt werden. Grundlage dafür ist das Einsatzwachstum der vergangenen fünf Jahre. Konnte der Kreis bislang nur mit Zeitverzögerung auf das gestiegene Einsatzwachstum reagieren, könnte nun vorausschauend geplant werden.

„Wir werden jetzt eine auf diesem Eckpunktepapier basierende Neuberechnung fordern“ kündigt

die Krankenkassen als Träger der Kosten aufgrund der massiven Überschreitungen im vergangenen Jahr auf ein neues Gutachten für die erforderlichen Rettungswachstandorte geeinigt. Danach wird es künftig mit Sarnekow und Salem zwei zusätzliche Rettungsdienstgebiete im nördlichen Bereich des Kreises geben. Kurz vor der Inbe-

5,48 Prozent Zuwachs – immer mehr Einsätze für die Rettungswagen

